

41/I/2025

Beschluss

Annahme in geänderter Form

Erwiesene Verfassungsfeinde nach Einzelfallprüfung aus Staatsdienst entfernen

Der SPD-Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion und den SPD-Landesvorstand dazu auf, darauf hinzuwirken, dass alle Beamt*innen und Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die Mitglied in einer, als erwiesen verfassungsfeindlich eingestuften Partei sind, einer Einzelfallprüfung unterzogen werden. Es muss geprüft werden, ob diese zusätzlich zu ihrer Mitgliedschaft die rassistischen, national-völkischen und rechtsextremen Positionen der Partei unterstützen und für diese einstehen.

Wenn dies der Fall ist, muss es das Ziel sein, diese Verfassungsfeinde aus dem Staatsdienst zu entfernen, um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verteidigen. Wir fordern - auch von der zukünftigen Spitze des Innenministeriums - gegen erwiesene extremistische Verfassungsfeinde nicht nur politisch, sondern auch juristisch entschieden vorzugehen und entsprechende Verfahren einzuleiten.

Bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst soll bei einer bekannten Mitgliedschaft in einer, als erwiesen verfassungsfeindlich eingestuften Partei geprüft werden, ob Bewerber*innen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung eingestellt sind und somit nicht angestellt werden sollten.